

Videoclip „Auf nach Berlin!“ bei YouTube wirbt für mehr Geld für unsere Heimatstadt

„Auf nach Berlin!“ So heißt ein 90-Sekunden-Videoclip für die Sozialen Medien. Zielgruppe: Jugendliche und junge Erwachsene, die so im wahrsten Sinne des Wortes sehen sollen, wie wichtig mehr Geld von Bund und Land auch für ihre Heimatstadt ist.



Szene aus dem Video „Auf nach Berlin!“

Gedreht wurde der Kurzfilm von Studenten der „Privaten Fachhochschule – Institut für Marketing und Kommunikation“ (Wiesbaden). Finanziert wurde er gemeinsam von den Mitgliedern des parteiübergreifenden Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“.

Zu finden ist das Video „Auf nach Berlin!“ seit dem 1. September auch auf der Internetseite des Kreises, www.kreis-unna.de (Suchbegriff: Auf nach Berlin!). Damit sich der Clip in den Sozialen Medien verbreitet, wird die

Unterstützung aller benötigt, die sich in und mit den „Neuen“ Medien auskennen und das Video teilen – gern auch den entsprechenden Post des Kreises Unna auf Facebook (www.facebook.com/kreis-unna).

Der Kurzfilm macht nicht nur deutlich, dass ohne Geld in Kreisen, Städten und Gemeinden wenig geht. Er zeigt auch, warum sich Landräte, Bürgermeister und Kämmerer aus inzwischen 70 Kommunen in acht Bundesländern in dem parteiübergreifenden Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ engagieren – und zwar mit Erfolg.

So sollte die im Koalitionsvertrag 2013 – 2017 von CDU und SPD verabredete Entlastung der kommunalen Ebene erst ab 2018 kommen. Nach Druck von unten zahlt der Bund jedoch seit 2015 bis 2017 die sogenannte „Übergangsmilliarde“. Sie entlastet den Kreis in den drei Jahren um insgesamt 9,8 Millionen Euro.

„Ab 2018 beläuft sich der Entlastungseffekt für den Kreis Unna auf 10,15 Millionen Euro pro Jahr“, so Kreisdirektor und Kämmerer Dr. Thomas Wilk, der den Kreis Unna im Aktionsbündnis vertritt. „Das ist eine Menge Geld.“ Daran ließ Wilk bei Bekanntgabe der Zahlen im Juli keinen Zweifel. Ob es für dauerhaften Aufwind reicht, sei in finanziell eher blutarmen Kommunen wie etwa denen im Ruhrgebiet aber ungewiss.

Nicht zuletzt deshalb macht das 2009 geschmiedete parteiübergreifende Aktionsbündnis weiter. Nach einer Plenardebatte im Deutschen Bundestag Ende September 2015 erreichte das Bündnis eine neuerliche Debatte – diesmal im Deutschen Bundesrat. Termin: 23. September, Treffpunkt: Berlin.